

Schmitt, Dieter; Schürmann, Heinz Jürgen

Article — Digitized Version

Iran-Krise: Verbote nachhaltiger Ölmarktungleichgewichte?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmitt, Dieter; Schürmann, Heinz Jürgen (1979) : Iran-Krise: Verbote nachhaltiger Ölmarktungleichgewichte?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 3, pp. 115-118

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135292>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ENERGIEPOLITIK

Iran-Krise – Vorbote nachhaltiger Ölmarktungleichgewichte?

Dieter Schmitt, Heinz Jürgen Schürmann, Köln

Der Produktionsausfall im Erdölförderland Iran führte deutlich vor Augen, wie abhängig die Welt von einer geregelten Erdölversorgung ist. Der Käufermarkt wandelte sich innerhalb kürzester Frist zu einem Verkäufermarkt. Rapide Preiserhöhungen sind die Folge, und schon wächst wieder die Neigung, die marktwirtschaftliche Steuerung aufzugeben. Marktwirtschaftliche Lösungen bieten allerdings noch die größte Gewähr für friktionsarme Anpassungsprozesse.

Mit den Ereignissen im Iran wurde die Welt wieder einmal dramatisch daran erinnert, wie labil die Versorgungsbedingungen auf dem internationalen Rohölmarkt sind. Erdöl deckt immer noch gut 46% des weltweiten Primärenergieverbrauchs, wobei der OPEC-Anteil an der globalen Erdölproduktion etwa 48% beträgt. Die Verwundbarkeit der Ölkonsumentenstaaten hat sich seit der Ölkrise von 1973 kaum verringert, wenn man allein die Versorgungszahlen sprechen läßt (1973: Erdölanteil an der Welt-Primärenergieversorgung 47,8%; OPEC-Anteil an der Erdölproduktion 53,9%). Noch entscheidender ist hierbei allerdings, daß die OPEC-Rohölexporte zusammen mit den UdSSR-Exporten rd. 90% des Weltölhandelsvolumens erreichen, also die internationalen Versorgungsströme im wesentlichen speisen.

Der Produktionsausfall in einem einzigen – allerdings bedeutenden – Förderland beendete mit einem Schläge die Überflusssituation, die sich in den letzten Jahren immer stärker herausgebildet und einen zumindest kurzfristigen Versorgungsoptimismus begründet hatte. Noch im Herbst 1978 stand der Ölmarkt unter einem beträchtlichen Angebotsdruck, der dazu führte, daß die OPEC-Staaten trotz Rücknahme der Förderung auf etwa 70%

ihrer Kapazität eine sich 1977/78 noch beschleunigende reale Senkung des Ölpreises hinnehmen mußten. Rein rechnerisch hätte die ausfallende Iranproduktion durch die Angebotsüberhänge voll kompensiert werden können. Einerseits waren aber die OPEC-Ölanbieter nicht bereit, die mengenmäßigen Voraussetzungen für das „alte“ Marktgleichgewicht zu schaffen; andererseits veränderte sich die Marktconstellation zugunsten des OPEC-Kartells auch noch, weil die Ölnachfrage überproportional anstieg.

Der Käufermarkt wandelte sich damit innerhalb kürzester Zeit in einen Verkäufermarkt. Das historische Vertrauen in die Flexibilität des Ölmarktes, das sich auf die Fähigkeit der internationalen Ölgesellschaften gründete, immer wieder Ersatzkapazitäten bei plötzlichen Krisen verfügbar zu machen, war damit (nach dem Übergang der Verfügungsgewalt über die Ölquellen auf die Förderstaaten) zum zweiten Mal in einem halben Jahrzehnt schwer erschüttert worden.

Preisaufriebstendenzen

Seit Ende 1978¹⁾ fielen durch den iranischen Produktionsstopp 5 bis 6 Mill. Barrel pro Tag (Mill. b/d)²⁾ aus; gleichzeitig stieg der Verbrauch – bedingt durch Konjunktur, Witterung und Spekulation – schätzungsweise um 2 Mill. b/d an. Ein Teil

¹⁾ Die Produktion ging von September 1978 an zunächst allmählich zurück; am 27. 12. 1978 kam der Rohölexport vollständig zum Stocken. Seit Anfang März wird wieder exportiert; die Förderung erreicht etwa ein Drittel des Vorkrisenniveaus.

²⁾ Auf das Jahr bezogen würde dies einem Ausfall von 250 bis 300 Mill. Tonnen entsprechen. Die iranische Durchschnittsförderung betrug im letzten Jahr insgesamt noch rd. 5,1 Mill. b/d bzw. 255 Mill. t (8,3% der totalen Weltproduktion).

Dr. Dieter Schmitt, 40, ist Akademischer Oberrat und Geschäftsführer des Energie-wirtschaftlichen Instituts der Universität Köln. Dr. Heinz Jürgen Schürmann, 35, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an diesem Institut.

der hypothetischen Fehlmenge von 7 bis 8 Mill. b/d wurde durch eine Ausweitung der Produktion in den übrigen Ölförderregionen (über 5 Mill. b/d) direkt kompensiert, so daß sich eine kurzfristige Angebotslücke von etwa 2 Mill. b/d (3% der Welt-erdölproduktion des Jahres 1978) ergab, die zunächst allerdings durch einen überproportionalen Lagerabbau in den Ölkonsumentenstaaten geschlossen werden konnte.

Als Folge der neuen Marktkonstellation sind die Preise für Rohöl und Mineralölprodukte auf breiter Front in Bewegung geraten. Die Anfang Dezember beschlossenen OPEC-Preiserhöhungen für 1979 dürften bereits von der sich zuspitzenden Lage im Iran beeinflusst worden sein, denn sie fielen — mit (in Stufen über das Jahr zu verteilenden) 14,5% wesentlich höher aus, als noch im Herbst geschätzt worden war. Yamani, Repräsentant des mit Abstand wichtigsten OPEC-Förderstaates Saudi-Arabien, hatte beispielsweise erst Ende Oktober argumentiert, daß das Ölpreisniveau angemessen sei.

Mit der sich seit Ende Dezember verschärfenden Versorgungslage beschleunigten sich die Preisauftriebstendenzen: einzelne OPEC-Mitglieder zogen bereits — zumindest für die von ihnen erbrachte Mehrförderung — die erst für die nächsten Jahresquartale vorgesehenen Preiserhöhungen vor; andere OPEC-Staaten erhoben Qualitätszuschläge. Zu überproportionalen Preissteigerungen kam es auf den sogenannten Spotmärkten; einzelne Anbieter schließlich haben angekündigt, Rohöl nur noch auf Auktionen anzubieten, wobei Erlöse erwartet werden, die um 50% über den Vorjahrespreisen liegen. Die Preisbewegung für Mineralölprodukte verlief zum Teil noch hektischer. So erhöhten sich auf dem wichtigsten Ölumschlagplatz der Welt (Rotterdam) die Preise für Vergaserkraftstoff um 120 bis 130%, für leichtes Heizöl um über 160%, für schwefelarmes schweres Heizöl um knapp 50% (jeweils Februar 1979 im Vergleich zu Februar 1978).

Auswirkungen für die Bundesrepublik

Sowohl die Rohölpreisdaten als auch die Rotterdamer Preisnotierungen bedürfen aber einer Interpretation, bevor die nationale Preisentwicklung bei Mineralölprodukten dargestellt wird. Die Rohölpreise belaufen sich lediglich auf etwa 40% des durchschnittlichen Produkterlöses auf dem nationalen Markt; dies relativiert die Bedeutung von Rohölpreissteigerungen. Die im Vordergrund der Diskussion stehenden extremen Preisausschläge (über 20 \$/b für Rohöl statt vereinbarter 13–14 \$) beziehen sich auf Spotgeschäfte, wobei diese Spotmärkte aber wiederum nur etwa 10% des Gesamtmarktes ausmachen; die (langfristigen)

Vertragsmengen werden im wesentlichen weiter zu den vereinbarten OPEC-Preisen (+ 5% am 1. 1. 1979) gehandelt.

Die angeführten Produktpreisausschläge sind weit über die Rohölpreissteigerungen hinaus gegangen. Die Rotterdamer Produktpreisnotierungen gelten aber auch nur für begrenzte Teilmärkte und geben hier nur die allgemeine Tendenz an. Der Rotterdamer Markt besitzt allerdings eine zentrale Versorgungsfunktion für den „unabhängigen“ deutschen Mineralölhandel, und zwar insbesondere für Vergaserkraftstoff und leichtes Heizöl, wo diese Gruppe mehr als 20% Marktanteile besitzt. Für die integrierten Gesellschaften, die immerhin im Durchschnitt aller Produkte 85% des deutschen Marktes versorgen, hat der Rotterdamer Markt dagegen allenfalls Signalfunktion. Die inländischen Raffinerieabgabepreise stiegen zwar ebenfalls, aber weit weniger stark, an. Auf den Endverbrauchermärkten bilden sich „Mischpreise“ auf der Grundlage internationaler Produktpreisnotierungen und inländischer Angebotspreise. Für das leichte Heizöl ist diese Entwicklung „gespaltener“ Märkte besonders ausgeprägt. Die Preisauftriebstendenzen auf dem Benzinmarkt haben sich erst in den letzten Wochen nach Normalisierung des Verbrauchs (witterungsbedingter Minderabsatz von 6%) voll durchgesetzt.

Zwischenbilanz

Eine erste Bestandsaufnahme macht deutlich, daß bereits relativ kleine mengenmäßige Versorgungsfriktionen hektische Preisbewegungen ausgelöst haben. Diese marktlichen Auswirkungen konzentrieren sich zwar zunächst noch auf die sogenannten Spotgeschäfte; die kontroversen Diskussionen über die Verteilung der Marktlagengewinne zeigen aber schon an, daß gewisse Preisrückkopplungen auch auf die längerfristig orientierten Bezugsmärkte stattfinden dürften. Selbst wenn man die in der öffentlichen Diskussion zum Ausdruck kommende Unsicherheit stark relativieren kann, weil die Stabilitätsverfassung des gesamten Rohölbezugssystems wesentlich höher ist als die einzelner Marktausschnitte³⁾, ist jedoch auch zu sehen, daß die Ölanbieterstaaten nur bedingt bereit sind, ihre Kapazitäts- und Förderpolitik in den Dienst eines langfristigen Marktgleichgewichts zu stellen. Eine solche Verstetigungspolitik war zumindest bislang von Saudi-Arabien angekündigt und erwartet worden.

Freie Kapazitäten — zur Zeit immerhin knapp ein Drittel — sind zwar eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für entsprechende Anpassungsprozesse bei plötzlichen Datenänderungen wie im Iran. Ebenso wichtig sind die Be-

³⁾ Die Ungleichgewichtstendenzen sind den Spotmärkten inhärent, und zwar im positiven (1975/78) wie negativen Sinne (1978/79).

reitschaft der Förderstaaten sowie deren politischer Einfluß innerhalb ihres jeweiligen Umfeldes. Einzelne OPEC-Staaten plädieren aufgrund ihrer Interessenlagen (geringe Ölreserven bei hoher interner Kapitalabsorption) schon seit langem dafür, die relativ unelastische Rohölnachfrage für kräftige weitere Preiserhöhungen auszunutzen. Aber auch OPEC-Mitglieder, für die das ökonomische Kalkül eine maßvolle Preisentwicklung nahelegen würde, unterliegen im „Ernstfall“ doch erheblich größeren politischen Restriktionen, als man erwarten konnte. Im Gegensatz zur Entwicklung im Jahre 1977, als Saudi-Arabien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate z. B. einen aus ihrer Interessenlage zu steilen Preisfad mit einer expansiven Angebotspolitik unterliefen, scheinen sich die (politischen) Freiheitsgrade reduziert zu haben, die Angebotspolitik auf die längerfristigen nationalen Gesichtspunkte auszurichten. Das Lager der OPEC-„Falken“ ist durch die Entwicklung im Iran eindeutig gestärkt worden.

Diese Marktlabilität wird seitens der westlichen Ölverbraucherstaaten trotz aller Ankündigungen nach der Ölkrise von 1973 nur unzureichend kompensiert, sie ist vielmehr durch nationale wie internationale „Ungereimtheiten“ zum Teil noch verstärkt worden. Statt wenigstens die westlichen Energiemärkte voll zu integrieren, werden bestehende Unvollkommenheiten verlängert oder sogar neue errichtet (Handelsrestriktionen, Preisinterventionen etc.). Die selbstverschuldete Inflexibilität kann nicht durch Grundsatzserklärungen wegeleugnet werden. Beispielsweise erfüllt das kürzlich verkündete IEA-Einsparungspostulat (2 Mill. b/d für 1979) nur politische Alibifunktionen, denn über seine Durchführung wird angesichts unterschiedlichster energiepolitischer Leitbilder sowie institutioneller Daten erst gar nicht diskutiert⁴⁾.

Kurzfristiger Ausblick

Die jüngste Entwicklung im Iran läßt auf eine baldige Normalisierung hoffen. Produktion und Exporte sind in bescheidenem Umfang wieder aufgenommen worden. Man kann davon ausgehen, daß auch die neuen iranischen Machthaber zur Dekkung eines gewissen Mindestimportbedarfs Devi-

sen benötigen und dafür Erdöl exportieren müssen. Aufgrund der kräftig abgebremsten Industrialisierungspläne und wesentlich geringerer Militärausgaben dürften allerdings der künftig als „lebensnotwendig“ erachtete Devisenbedarf deutlich nach unten revidiert und die bisherigen Exportmengen gekürzt werden. Die Schätzungen schwanken zwischen 2,5 bis höchstens 4 Mill. b/d statt der bisherigen 5 Mill. b/d-Exporte im Jahresdurchschnitt.

Bei optimistischen Annahmen könnte der Ölexport im Falle einer sich fortsetzenden politischen Stabilisierung in den letzten beiden Jahresquartalen noch 4 Mill. b/d erreichen; dies würde bedeuten, daß im Jahresdurchschnitt 2 bis 2,5 Mill. b/d weniger als 1978 durch den Iran auf dem Weltmarkt angeboten würden. Dieser Förderausfall dürfte künftig mengenmäßig (auch unter Berücksichtigung von Zusatzangeboten aus Mexiko, der Nordsee und Alaska) ohne größere Marktanpassungen verkraftet werden können. Dieser Optimismus bezüglich der Lösung der aktuellen Mengenprobleme und auch der mittelfristigen Überwindung von Versorgungsengpässen bedeutet aber keineswegs, daß die künftige Marktentwicklung sich sozusagen wieder auf den „alten“ Pfad einpendelt. Denn zum einen ist der Iran in das Lager der „OPEC-Falken“ gerückt; zum anderen ist die „Normalisierung“ sehr instabiler Natur.

Für die kurzfristige Ölmarktverfassung muß darüber hinaus bedenklich stimmen, daß nur unter der – vergleichsweise optimistischen – Annahme einer baldigen Normalisierung im Iran die Versorgungsprobleme im nächsten Winter lösbar erscheinen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Versorgungsprobleme durch den verstärkten Lagerabbau nur storniert wurden und durch den zur Zeit sich abzeichnenden konjunkturellen Aufschwung noch verstärkt werden könnten. Die kurz- bis mittelfristigen Anpassungsprozesse der privaten Verbraucher wie der Wirtschaft an die veränderten Energiepreisrelationen müssen angesichts der Erfahrungen seit 1973 als außerordentlich begrenzt angesehen werden.

⁴⁾ Eine eindeutige „free rider-Position“ nehmen zur Zeit noch die USA ein. Daran ändern auch Absichtserklärungen in der Art wie die von Schlesinger nichts.

Partner der Wirtschaft in allen Finanzierungsfragen
Partner für Sie im Außenhandel
 in allen Fragen der Geldanlage

VEREINS-UND WESTBANK
die große Bank im Norden

Längerfristige Perspektiven

Die jüngste „Krise“ vermittelt einen Eindruck davon, was nach Auffassung einer ganzen Reihe kürzlich veröffentlichter Studien in noch wesentlich stärkerem Maße Ende der 80er, spätestens jedoch Ende der 90er Jahre auf uns zukommen kann. Die dann zu erwartenden Verknappungen sind nur zum Teil „künstlicher“ Natur mit begrenzten Auswirkungen und kaum kurzfristig überwindbar.

Günstigstenfalls, d. h. bei einer insgesamt geringen Ölnachfragesteigerung, bei einer raschen Entwicklung neuer Förderregionen und bei Verzicht auf eine restriktive Angebotspolitik seitens der OPEC-Staaten, werden die Verbraucherländer damit rechnen können, daß ihnen angesichts der beträchtlichen Marktausreifungszeiten in der Energiewirtschaft heute gerade noch die Zeit verbleibt, entsprechende energiepolitische Weichenstellungen für die Entwicklung von Alternativen für das OPEC-Öl vorzunehmen. Zwar sind als Antwort auf die Ölkrise von 1973 einige energie- und forschungspolitische Maßnahmen eingeleitet worden, doch stehen die Entscheidungen zur Nutzung nachhaltig tragfähiger Versorgungsoptionen noch aus: Der kernenergiepolitische Attentismus ist immer noch nicht überwunden, entscheidende Voraussetzungen für eine Verstärkung des internationalen Kohlenhandels sind noch nicht erfüllt.

Angesichts begrenzter kostengünstiger Energieressourcen und vergleichsweise ungünstiger Bedingungen hinsichtlich der Nutzung regenerativer Energiequellen kommt gerade die Bundesrepublik nicht umhin, die Kernenergie Diskussion möglichst bald abzuschließen und eine neue kohlepolitische Konzeption zu entwerfen⁵⁾. Unter realistischen Annahmen setzt die politische Akzeptierung einer neuen Kohlepolitik allerdings voraus, daß zunächst die Probleme des deutschen Steinkohlenbergbaus befriedigend gelöst werden. Erst auf dieser Basis erscheint die energiepolitisch längerfristig notwendige Aufhebung der deutschen Kohlenimportkontingentierung durchführbar. Eine solche Weichenstellung ist bereits heute erforderlich, um die entsprechenden Signale für die 80er Jahre zu setzen und die Integration deutscher Nachfrager in den internationalen Kohlenhandel nachhaltig in die Wege zu leiten.

Energiepolitische Erfordernisse

Die Dringlichkeit internationaler wie nationaler Entscheidungen zugunsten konkreter Optionen wie Kernenergie und Kohle ist um so größer, als von der Glaubwürdigkeit unserer Energiepolitik schon erhebliche positive Rückkopplungen zum heutigen Anbieterverhalten der OPEC ausgehen und künftigen Versorgungsengpässen mit enor-

men preispolitischen Spielräumen tendenziell entgegengewirkt wird. Eine derartige Verstärkung langfristiger Preis- und Mengenpfade auf den internationalen Rohölmärkten dürfte grundsätzlich auch durch die zunehmende Industrialisierung der OPEC-Mitglieder gefördert werden, da die „einseitigen“ immer stärker durch „gegenseitige“ Abhängigkeiten substituiert werden.

Die in den letzten Jahren geforderten „politischen“ Ölabkommen bieten u. E. hingegen keine adäquate Lösung der zukünftigen Versorgungsprobleme⁶⁾. Bei aller Unvollkommenheit bieten marktwirtschaftliche Lösungsmuster noch die größte Gewähr für Anpassungsprozesse, bei denen die ohnehin zu unterstellenden Friktionsverluste minimiert werden. Hierfür ist allerdings Voraussetzung, daß erst einmal die preislichen Lenkungsmechanismen voll installiert werden, z. B. auch auf den US-Märkten. Unabdingbar bleibt aber auch, daß die Marktkräfte in Krisensituationen nicht durch Höchstpreisvorschriften oder die Errichtung von Handelsbarrieren, wie es gegenwärtig der Fall ist, suspendiert werden.

Zweifellos wächst die Neigung, die marktwirtschaftliche Steuerung aufzugeben; dies wäre z. B. auch heute schon die zwangsläufige Folge eines Einsatzes des IEA-Krisenmanagements. Im politischen Bereich werden positiv zu wertende Allokationswirkungen eines freien Preissystems und negative Distributionseffekte gegeneinander abgewogen; je höher die Preissteigerungen (als Ergebnis politischer wie ökonomischer Knappheiten) werden, um so größer wird die kritische Resonanz in der Öffentlichkeit, die verteilungspolitischen Auswirkungen nicht länger zu akzeptieren. Im internationalen Bereich dürften schon aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen bestimmte Preissteigerungen nicht hingenommen werden. Dies gilt in einem besonderen Maße für die Entwicklungsländer, deren wachsender Energiebedarf wegen der in diesen Ländern vorliegenden Bedingungen in den nächsten Jahrzehnten im wesentlichen durch Öl zu decken sein wird.

Es erscheint daher notwendig, bereits heute Krisenprogramme zu konzipieren, bei denen solche Konfliktpotentiale von vornherein Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang wäre zu überprüfen, inwieweit (vorausgeplante) nationale wie internationale Transfers (zugunsten bestimmter Bevölkerungsschichten wie Länder) die politischen Voraussetzungen für Marktlösungen auch in Krisensituationen verbessern könnten.

⁵⁾ Die Importabhängigkeit wird zwar auch dann weiter zunehmen, es würden aber die Versorgungsrisiken aufgrund der zunehmenden Diversifizierung (der Energieträger wie der Bezugsländer) gemindert.

⁶⁾ Vgl. dazu näher D. Schmitt, H. J. Schürmann, W. Schulz: Zur Problematik internationaler Ölabkommen, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, 3. Jg. (1979), H. 1, S. 3 ff.